

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 35.

Donnerstag, 25. August.

1881.

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
H. Renter, Dörlingen-Zürich  
Rufstrasse 2.  
Postsendungen  
franco gegen Franco.  
Sonderlicher Briefe  
nach der Schweiz sollen  
Zusatzporto.

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontingent)  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontingent)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontingent)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kontingent).

Inserate  
Die dreizehntägige Zeitstelle  
zu Fr. — 20 Wp.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug, versetzt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu schwächen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Oesterreich notwendig und darf keine Verlässlichkeitsregel versäumt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptversteher ist hierzu einzusetzen, doch unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zusendungen von Briefen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Kommanadressen. Sobald an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

### Kampf bis zum Sieg!

Unsere Feinde merken, daß die Sozialdemokratie eine Macht ist, welche durch keine Gewalt niedergeworfen werden kann. Da nähern sie sich uns nun süß lächelnd und bieten uns den Frieden an und die Hand.

Wer lacht da? Es ist kein schlechter Spaß. Hört nur: Das amtliche Organ der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“ schreibt wörtlich:

„Es mag ohne Weiteres zugegeben werden, daß das Sozialistengesetz eine bedauerliche Anomalie darstellt, daß jeder gute Bürger schon aus Gründen der allgemeinen Rechtsgleichheit und der Freiheit öffentlicher Meinungsäußerungen wünschen muß, es möge die Aufhebung des Sozialistengesetzes recht bald möglich werden. Allein die Sozialisten wollen die Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen. Gegenwärtig ist der Sozialdemokratie nun die Möglichkeit gewährt, sich auf einen anderen, überhaupt zulässigen Boden zu stellen. Niemand stellt ja in Abrede, daß die soziale Lage unserer arbeitenden Klasse vielfach eine unbefriedigende ist und daß der Staat dem abzuhelfen für eine seiner wichtigsten Aufgaben halten müßte. Die Reichsregierung hat Maßregeln dieser Art in Aussicht genommen und es ist durchaus nicht gelagt, daß der Umfang derartiger Maßregeln sich nicht noch weiter ausdehnen ließe und daß bezügliche Vorschläge auch aus Arbeiterkreisen wohl eine gute Stätte finden werden.“

Gi! Gi!  
Also „es mag ohne Weiteres zugegeben werden, daß das Sozialistengesetz eine bedauerliche Anomalie darstellt“ u. s. w. Aber warum haben die Herren diese „bedauerliche Anomalie“ zum sogenannten „Gesetz“ erhoben? Warum „die jedem guten Bürger theuere allgemeine Rechtsgleichheit und die Freiheit öffentlicher Meinungsäußerungen“ treuehaft mit Füßen getreten?

Die Erkenntnis der verübten Niedertracht kommt den Herren zu spät. Sie kommt ihnen nur, weil sie einzusehen beginnen, daß sie sich verrechnen und daß ihre Niedertracht eine große Dummheit gewesen.

Sie brauchen die Arbeitermassen und ohne die so schmachtvoll verfolgte, gehetzte Sozialdemokratie können sie die Massen nicht haben.

Die Sozialdemokratie soll gekauft werden.

„Wir heben das Sozialistengesetz auf, so tönt der schmeichelnde Loh- und Werberuf — wir heben das Sozialistengesetz auf, und zum Dank leistet Ihr uns Heeresfolge bei den nächsten Wahlen.“

Sehr schön, Ihr Herren! Ein prächtiges Schachergeheimnis. Schade bloß, daß Ihr die Sozialdemokraten braucht, die Sozialdemokraten aber nicht Euch!

Und glaubt Ihr, wir seien Hunde nach Art des Hamburger, die heute die Hand küssen, die uns gestern geschlagen?

Als Ihr die infamen Hamburg-Altonaer Dragonaden anordnet, da riefen wir Euch zu:

Euer Zuckerkorn verachten wir. Eure Peitsche zerbrechen wir. Und das ist auch heut unsere Antwort.

Hewe — acht Wochen nach Anfang der ebenso infamen Leipziger Dragonaden. — — —

Halt! Dort tönt noch die Pfeife des Rattenfängers von Daimen. Er heißt Adolf Wagner, ist der bekannte „sozialistische“ Professor („Professoren und O — kann man stets für Geld haben,“ pflegte der alte Ernst August von Hannover zu sagen), und das Liedchen, welches er zum ersten Male neulich auf einer Wähler-versammlung zu Warmen blies, lautet wie folgt:

„Für die sozialpolitischen Reformen bedürfen wir neuer Mittel. Bismarck hat nun den Weg zur Erwerbung dieser Mittel angegeben, aber ich könnte den schriftlichen Nachweis bringen, daß ich den Gedanken gehabt habe, schon lange bevor ihn Bismarck aussprach. Es ist die feste Absicht des Fürsten Bismarck, wie er mir mündlich mitgeteilt, und ich habe die Erlaubnis, seiner Absicht Ausdruck zu geben, daß das Tabakmonopol geschaffen werden soll, um aus seinen Erträgen vor Allem die Arbeiterversicherung durchzuführen. Ohne große gewaltige Mittel in Bewegung zu setzen, ist die Durchführung der Arbeiterkassen nicht möglich. Solche Mittel durch das Tabakmonopol zu erlangen, ist relativ leichter, als auf anderem Wege. Es wird behauptet, daß durch das Tabakmonopol die Tabakfabrikate, Zigarren, Rauch- und Schnupftabak um ein Bedeutendes im Preise gesteigert werden müßten, wenn man erhebliche Beträge erzielen wolle. Das ist aber nicht wahrscheinlich. Fürst Bismarck sagt ganz richtig: Der ganze Gewinn, der jetzt auf dem Wege vom Fabrikanten durch den Zwischenhandel bis zum Konsumenten verloren geht, soll auf den Staat übertragen werden. Natürlich müssen bedeutende Entschädigungen für Fabrikanten und Händler gezahlt werden, aber selbst dann werden noch bedeutende Ueberschüsse übrig bleiben. In Oesterreich herrscht das Tabakmonopol. Es wird dort ein Reingewinn erzielt von 70 bis 80 Millionen jährlich. Es wird bei uns mehr getraucht, und so werden wir in Anbetracht der beiderseitigen Bevölkerungsziffern mindestens eine Einnahme von

160 Millionen Mark erzielen. Rechnet wir hiervon ab Zinsen und Amortisationen, so bleibt immerhin noch ein jährlicher Reingewinn von 130 Mill. Mark. Die Einnahmen werden von Jahr zu Jahr steigen, und nach einiger Zeit werden wir 150 bis 200 Mill. Mark jährlich haben. Mit solchen Summen läßt sich etwas machen, und diese Summen sollen der Arbeiterklasse, der Arbeiterbevölkerung zu Gute kommen. Wir haben also durch Bewilligung dieser Steuern die beste Aussicht, die Arbeiterversicherung ins Leben zu rufen.“

Ein hübsches Lied.  
Das Tabakmonopol für die Arbeiter!

Ja, wenn es wahr wäre. Unglücklicherweise kennen wir den „armen Mann“, für dessen Wohl Fürst Bismarck mit solcher Bestimmtheit sorgen will.

Dieser „arme Mann“ heißt Fürst Bismarck.  
Es fällt uns nicht ein, ihm aus der Patzche zu helfen, auf seinen Leim zu gehen.

Kein ehrlicher, kein vernünftiger Arbeiter läuft in den „goldenen Berg“, der uns versprochen wird.  
Der Rattenfänger mag allein trufen.

Genug: Die Hand, welche man uns hinstreckt, stoßen wir mit Verachtung zurück.

Zwischen den Urhebern des Sozialistengesetzes und der deutschen Sozialdemokratie gähnt ein unübersteiglicher Abgrund.

Die Sozialdemokratie wird niemals mit ihren Feinden paktieren, sie wird um das etwende Linsengericht, das die Bismarckschen Staatsklöße zurechtzuweisen, ihr Erstgeburtrecht nicht verkaufen, sie wird von ihrem Programm, den sozialistischen Reichskurpfuschern zu Lieb, nicht ein Täpfelchen über dem i opfern. —

Der Loh- und Werberuf der „Leipziger Zeitung“, das Lied des Rattenfängers von Daimen — das wir nicht verachten, daß unsere Verfolger nicht mehr an die Möglichkeit glauben, die Sozialdemokratie vernichten zu können, und daß die öffentliche Meinung sich ihnen entgegenstemmt.

Wir danken den Feinden für das unfreiwillige Geständnis, und werden unser Bestes thun, ihnen ihre Ohnmacht unserer Bewegung gegenüber noch klarer zum Bewußtsein zu bringen.

Zwischen den Urhebern des Sozialistengesetzes und der deutschen Sozialdemokratie gibt es nicht Frieden nicht Freundschaft. Keine Konzeßion wird uns zur Niederlegung der Waffen bestimmen. Jede Konzeßion, welche die Nothwendigkeit unsern Feinden abpreßt, werden wir als Hebel zur Erringung weiterer Konzeßionen benutzen, und, unerschütterlich festhaltend an dem ganzen Recht, unserem Wahlspruch treu bleiben:

Kampf bis zum Sieg!

### Demokratie, Sozialdemokratie und Anarchie.

A. H. C. Unsere Partei wird von ihren Gegnern mit Behauptungen belästigt, nicht mit Gründen. Das ist unbillig und lächerlich, aber es erfüllt meist doch den Zweck, denn das Publikum glaubt die Behauptungen. Leider wird manchmal auch in unserer Partei selbst nur mit Behauptungen gekämpft. Da wir aber eine Partei der Kritik, die Partei der Kritik par excellence sind, so erfahren solche Behauptungen gewöhnlich sofort eine Kritik. Das ist ein Zeichen der geistigen Reife unserer Partei.

Um diesen kritischen Charakter unserer Partei zu wahren, halte ich es für meine Pflicht, Meinungsäußerung näher zu prüfen, wie solche in dem Artikel „Freiheit“ in Nr. 28 unseres Organes von „Symmachos“ niedergelegt sind.

Nachdem dort darauf hingewiesen worden ist, daß mit dem Worte Freiheit, das von der demokratischen Partei auf uns gekommen, viel Mißbrauch getrieben, und daß selbst innerhalb unserer Reihen nicht immer der rechte Begriff damit verbunden wird, eilt es wörtlich weiter:

„Diejenigen, welche so raisonnieren, betrachten eigentlich die Sozialdemokratie bloß als eine Erweiterung der bürgerlichen Demokratie, auf deren politische Forderungen eben noch eine Anzahl sozialistischer Forderungen hinzugesetzt wurde, wie auch von denselben Leuten die Sozialdemokratie als die natürliche Konsequenz der bürgerlichen Demokratie betrachtet wird. Die Demokratie als Vorstufe der Sozialdemokratie. Nichts einseitiger als das.“

„Die naturnothwendige Konsequenz der Demokratie ist nicht die Sozialdemokratie, sondern die Anarchie. Beide, Demokratie und Anarchie, sind bloß die letzten Konsequenzen der modernen Gesellschaft und bilden daher den geraden Gegensatz zur Sozialdemokratie.“

In vorstehenden Sätzen ist ein ganzes politisches Lehrgebäude aufgestellt, das in unserer bisherigen sozialistischen Literatur, meines Wissens, seines Gleichen nicht hat. Das Wesen der Sache aber ist, daß nur für einen Punkt dieses Lehrgebäude er Beweis erbracht und uns somit zugemuthet wird, die anderen zu glauben. Bewiesen wird nur, was schon von den verschiedensten Seiten, auch von nichtsozialistischer Seite ist, daß die Theorie der Demokratie mit ihrer Forderung nach absoluter individueller Freiheit unendlich unbeschränkter persönlicher Autonomie in fundamentalem Widerspruch zu jeder, selbst der primitivsten Art gesellschaftlichen Verbandes steht; also den direktesten Gegensatz zur höchsten Form des Gesellschaftslebens, dem Sozialismus, bildet.

Bewiesen hingegen wird nicht, daß die Demokratie nicht die Vorstufe der Sozialdemokratie sei; bewiesen wird

nicht, daß die naturnothwendige Konsequenz der Demokratie nicht die Sozialdemokratie, sondern die Anarchie sei; bewiesen wird nicht, daß die Demokratie die letzte Konsequenz der modernen Gesellschaft sei; und bewiesen wird nicht, daß die Demokratie den geraden Gegensatz zur Sozialdemokratie bildet.

Nicht ein einziger dieser Sätze wird bewiesen, denn es ist durchaus kein Beweis, wenn nach den oben angeführten Sätzen mit — übrigens zutreffenden — Bemerkungen über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Demokraten und Anarchisten in der Vergangenheit und mit einer Entwicklungsgeschichte der heutigen politischen Partei der bürgerlichen Demokratie fortgefahren wird.

Was um's Himmels willen hat der Wechselbalg, der sich heute in Deutschland demokratische Partei nennt, mit der Demokratie zu thun? Bei „Symmachos“, scheint es, sehr viel, denn er setzt unbedenklich „bürgerliche Demokratie“ und „Demokratie“ einander gleich.

Ja, was verschlägt das! Es gibt ja bei uns gar keine andere als die bürgerliche Demokratie, wird man sagen. Sehr wohl; es gibt nur eine bürgerliche Demokratie, aber diese bürgerliche Demokratie ist eine politische Partei und die Demokratie ist ein wohlbekannter politischer Begriff, den diese politische Partei gar nicht deckt.

Was thut also „Symmachos“?

Er wendet einen allgemeinen Begriff auf eine bestimmte Sache, hier auf eine historisch existierende politische Partei an. Wohin würde eine solche Logik führen? Dazu, daß man, wie Valentin hat, den heutigen Staat als den Staat überhaupt, als den Staatsbegriff, den Generalbegriff oder unseren verkommenen Fabrikarbeiter als den Menschen überhaupt, als den Begriff von Mensch, den Sozialisten, der ja auch einmal zufällig ein Vamp sein kann, als den Begriff des Sozialismus erklären würde.

Der letztgenannte Schluß wird in der That häufig gegen den Sozialismus angewandt, aber er ist, wie das ganze System solcher Schlussfolgerungen verwerflich und auch in unseren Reihen als verwirrend zu bekämpfen.

In den von mir jetzt angeführten Sätzen des Genossen „Symmachos“ herrscht nun dieses Quid pro quo, dieses Setzen eines X für ein U nicht. Allerdings wird in der Einleitung zu diesen Sätzen, die ich ebenfalls wiedergab, nur von der bürgerlichen Demokratie gesprochen, aber die angeführten Sätze sprechen nur von der Demokratie (schlechweg, müssen also auch so gedeutet werden. Man kann sich eben nicht an das halten, was der Verfasser darunter sich gedacht hat oder verstanden wissen will, denn man weiß es ja nicht, sondern an das, was schwarz auf weiß dasteht.

Wenn aber „Symmachos“ in den angeführten Sätzen auch unter Demokratie die bürgerliche Demokratie verstanden wissen wollte, so wären diese Sätze doch ebenso antedatir, unhistorisch und einseitig, als sie ohnehin sind. Mindestens würde für die so gedeuteten Sätze ebenfalls jeder Beweis fehlen.

Doch prüfen wir sie zunächst einmal unter diesem Gesichtspunkt. Nach „Symmachos“ hätte also die Sozialdemokratie, als politische Partei betrachtet, die bürgerliche Demokratie nicht zur Vorstufe!

Was denn sonst für eine Partei oder Parteibildung die Sozialdemokratie zur Vorstufe, d. h. also zum Ausgangspunkt ihrer Entwicklung hat, sagt uns „Symmachos“ freilich nicht.

Ich muß gestehen, daß ich bis jetzt in der Geschichte aller modernen Staaten erst dann eine Sozialdemokratie habe auftreten sehen, wenn eine Parteibildung vorausgegangen war, die mehr oder minder der bei uns unter dem Namen bürgerliche Demokratie bekannten entspricht. So geschah es wenigstens in Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz. Den sozialdemokratischen Parteien dieser Länder gingen immer demokratische Parteien, mitunter recht radikale, voraus.

Wer Anderes behaupten wollte, würde aller Geschichtsverfälschung nachsprechen und jenes Entwicklungsgesetz leugnen müssen, das uns überall einen streng stufenweis fortschreitenden Gang zeigt.

Fassen wir nun die Worte Demokratie und Sozialdemokratie als Begriffe, so werden wir erst recht sagen müssen, daß die Sozialdemokratie die Demokratie zur Vorstufe hat. Erst mußte sich die Idee der Demokratie, d. h. die Idee der Volksherrschaft, die Idee der Volkssouveränität und der politischen Gleichberechtigung aller entwickeln, bevor die Idee der Sozialdemokratie, d. h. die Idee der sozialen Gleichberechtigung aller auf Gemüthsgrundlage der politischen Gleichberechtigung Gestalt gewinnen konnte. Beweis dafür ist wiederum die Geschichte. Das Gesetz der unentweg fortwährenden Entwicklung gilt auch für die menschlichen Ideen. Zudem kann man dieses Gesetz auch an sich selbst, an jedem Individuum verfolgen.

Gewiß haben wir erst die Idee der Demokratie erfaßt, ehe wir uns die der Sozialdemokratie zu eigen machten. So wenigstens erging es mir und noch vielen wohlbekannteren hervorragenden Genossen, die sogar mit der noch abgeklärteren liberalen Idee ihre geistig-politische Entwicklung begannen. Der Menschengeist macht in seiner individuellen wie generellen Entwicklung keine Sprünge, sondern er geht immer nur Schritt für Schritt, vom Einfachen zum Zusammengesetzten, vom Nabeliegenden zum Fernen, vom Konkreten zum Abstrakten.

Wir Deutschen sprechen von einer Sozialdemokratie, wir stellen, wie wir das immer so bei Wortzusammenstellungen thun, das Eigenschaftswort vor das Ding- oder Sachwort, aber logisch steht das Ding ja immer höher, als die Eigenschaft des Dinges. Bei den Franzosen, deren Sprache einen strengeren logischen Bau zeigt, steht denn auch das Eigenschaftswort bei zusammengesetzten Wörtern immer hinter dem Dingwort und so haben diese denn auch eine Démocratie sociale.

Daß die französischen Sozialisten die Demokratie als Vorstufe und Voraussetzung der Sozialdemokratie betrachten, also nicht auf Seite des Genossen „Symmachos“ stehen, haben sie dadurch bewiesen, daß sie schon mehrmals für die Demokratie in den Tod gingen.

Aber auch wir Deutschen haben trotz unserer Sozialdemokratie im Eisenacher Programm die Demokratie als unsere Vorstufe, als eine noth-

wendige Voraussetzung erklärt, indem wir im 4. Punkt desselben proklamieren:

„Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.“

In unserem Programm wird bekanntlich der freie Staat ebenfalls zuerst genannt. Kurz, es bleibt wohl dabei, daß die Demokratie die Vorstufe der Sozialdemokratie ist. Schon im Namen „Sozialdemokratie“ ist dieser Ursprung deutlich angedeutet; die Sozialdemokratie ist eben auch nur eine Demokratie, aber keine bloß politische, sondern eine soziale. Uebrigens, wenn die Sozialdemokratie nicht die Demokratie zur Vorstufe hat, was aber was hat sie denn zur Vorstufe?

„Die naturnotwendige Konsequenz der Demokratie ist die Anarchie, nicht die Sozialdemokratie.“

Daß die naturnotwendige Konsequenz der bürgerlichen Demokratie die Sozialdemokratie und ebenso, daß die naturnotwendige Konsequenz der demokratischen der sozialdemokratischen Begriff ist, geht zur Genüge schon aus dem bereits Gesagten hervor. Doch wollen wir hier noch darauf hinweisen, daß der sozialdemokratische Begriff durchaus nur die Verallgemeinerung des demokratischen Begriffes und dessen Anwendung auf das soziale Leben ist. Die Sozialdemokratie ist die konstante Demokratie, welche beweist, daß die politische Gleichberechtigung ohne soziale ein leerer Schall, daß erstere ohne letztere gar nicht möglich ist, sowie daß die soziale Gleichberechtigung die politische zur Voraussetzung hat.

Hätte „Symmachos“ Recht, wie wollte er denn dann die von ihm selbst erwähnte Thatsache plausibel machen, daß der eine Theil der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie tritt, während der andere wieder in Abrahams Schooß, d. h. zum Liberalismus zurückkehrt, von dem er ausging?

Welchen Theil will „Symmachos“ den konsequenten nennen? — Und nun zur Behauptung, „die naturnotwendige Konsequenz der Demokratie sei die Anarchie.“

Fragen wir hier zunächst, wo und wann denn aus bürgerlichen Demokratien Anarchisten geworden sind. Nir ist nichts derartiges bekannt, wohl aber weiß ich, daß alle uns bekannten Anarchisten aus den verschiedensten sozialistischen Schulen und Parteien, einschließend der sozialdemokratischen, hervorgegangen sind. Welch physiologische Ursache und logische Gründe gäbe es auch für die Verwandlung eines bürgerlichen Demokraten in einen Anarchisten?

Die bürgerlichen Demokraten, wie entartet sie auch heute sein mögen, wollen doch einen freien, möglichst großen Staat, aber die Anarchisten wollen gar nichts vom Staat, voraus nichts von einem großen wissen. Wahrlich, wir sind begierig, mit dem Weg bekannt gemacht zu werden, der vom Demokraten zum Anarchisten führt.

Wenn es einen Weg gibt, so führt er über den Sozialismus, d. h. der Demokrat wird erst Sozialist und dann Anarchist. Oder aber, der Demokrat sieht sich einem allmächtigen Staat gegenüber, der alle Rechte der Person in seinem Gebiete zermalmt und wird, weil er sich gegen einen solchen Staat empört, zum Anarchisten, zum Propheten der absoluten individuellen Freiheit.

In beiden Fällen wird man aber vernünftigerweise nicht behaupten wollen, daß der Demokrat mit naturnotwendiger Konsequenz Anarchist geworden sei. In beiden Fällen liegt vielmehr ein Umschlagen von einem Extrem in's andere vor, was allerdings unter gewissen Voraussetzungen auch mit Naturnotwendigkeit erfolgt. Aber so will „Symmachos“ seinen Satz sicherlich nicht verstanden wissen.

Will „Symmachos“ aber behaupten, die Idee der Anarchie sei die naturnotwendige Konsequenz der Idee der Demokratie, so behauptet er etwas, was die Königtümer Philister aller Länder schon längst behauptet haben, und was wir aus Achtung vor den Vätern hier nicht zu wiederholen wollen.

Wohl ist die Anarchie die letzte Konsequenz, aber nur die wirtschaftliche Konsequenz der modernen Gesellschaft, welche von ihren rührigsten Vertretern sogar zum wirtschaftlichen Prinzip derselben erhoben worden ist. Aber diese wirtschaftliche Anarchie bedarf zu ihrer Erhaltung einer starken politischen Autorität. Aus dem Widerspruch dieser beiden, sich scharf gegenüberstehenden Prinzipien, des der wirtschaftlichen Anarchie und des der politischen Autorität, wird der lässliche Bourgeois- und Militärsaat geboren, mit dem Wirthschaftscharakter seiner hauptsächlichsten Stützen, der Bourgeois, die sich bald dem einen, bald dem andern Prinzip mehr hingeben, bald beide zu vereinigen trachten und so das Bild eines von der Braudung hin und her geworfenen Brades bieten. Um das genetische Verhältnis zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Anarchie genau auszudrücken, muß und darf man nur sagen, die Anarchie ist das auf die Spitze getriebene wirtschaftliche Prinzip, zugleich aber eine Reaktion gegen das politisch autoritäre Prinzip der Bourgeoisie.

Die Demokratie ist nicht die letzte Konsequenz, sondern vielmehr eine Inkonsequenz der bürgerlichen Gesellschaft, denn Volkssouveränität und bürgerliche Gesellschaft, d. h. kapitalistische Produktion sind unvereinbar. Ein souveränes Volk wird sich auf die Dauer nicht ausbeuten lassen, sondern es wird das Wirthschaftsleben nach seinen Wünschen gestalten. Was wir an den Radikalen und bürgerlichen Demokraten sowohl und höherlich finden, das ist ja eben ihr Bestreben, das heutige Wirthschaftsleben in seinen Grundlagen zu erhalten und doch die Volksherrschaft daneben zu begründen.

Die moderne Gesellschaft führt naturnotwendig sicher nicht zur Demokratie, sondern zum Liberalismus, Opportunismus, zur absoluten Staatsgewalt mit genügender Infanterie, Kavallerie und Artillerie, um die wirtschaftliche Anarchie, das heißt die Ausbeutung des Volkes aufrecht zu erhalten.

Wenn irgendwo, so sehen wir in der Geschichte naturnotwendige Konsequenz. Nun, und was zeigt die Geschichte? Daß sich die Vertreter der modernen Gesellschaft stets mit aller Macht der Einführung der Demokratie widersetzen. Die Geschichte Frankreichs seit der großen französischen Revolution bis auf den heutigen Tag ist hierfür das kläglichste Beispiel.

Da die moderne Gesellschaft nicht zur Demokratie führt, so kann sie auch nicht zu einer Parteibildung führen, welche die demokratische Idee vertritt, wie dies die bürgerliche Demokratie immer mehr oder weniger konsequent gethan hat.

„Die Demokratie ist der gerade Gegensatz zur Sozialdemokratie.“

Der Satz ist in dieser Allgemeinheit ganz verwerflich.

Versteht man darunter die Parteien, so ist er viel zu allgemein und gibt zu Mißdeutungen und ganz berechtigten persönlichen Verbitterungen Anlaß; denn angenommen, er beziehe sich nur auf die demokratische Partei Deutschlands, so liegt die Sache einfach so:

Entweder vertritt diese demokratische Partei die demokratischen Grundsätze, dann ist sie eine demokratische Partei, oder sie verleugnet diese Grundsätze, dann ist sie eben keine demokratische Partei und man spricht von ihr auch nicht schlechthin als von einer demokratischen Partei, sondern von der sogenannten demokratischen Partei, von einer Partei, die auf das Epitheton demokratisch ebensowenig ein Recht hat, wie die Partei der amerikanischen Sklavensklaver, die sich bekanntlich auch demokratisch nennt. Statt also mit Rücksicht auf eine solche Partei den Satz aufzustellen: die Demokratie ist das gerade Gegenteil der Sozialdemokratie, wäre es doch viel einfacher und allein richtig, zu sagen: diese sich demokratisch nennende Partei ist nicht demokratisch, sondern ebenso aristokratisch wie die übrigen Parteien. Diese falschen Demokraten sind unsere ärgsten Feinde, weil sie unter der Maske von Freunden in unseren Reihen Verwirrung stiften und uns zersplittern.

Trägt aber eine demokratische Partei mit Recht ihren Namen, vertritt sie wirklich demokratische Grundsätze, so ist es ungerecht und verkehrt, sie als den geraden Gegensatz der Sozialdemokratie zu erklären. Daß die Idee der Demokratie das gerade Gegenteil der Idee der Sozialdemokratie sei, ist doch wohl zu lächerlich, um widerlegt zu werden, zudem liegt in Vorstehendem Widerlegung genug.

Wir wollen nicht nur Alles für, sondern auch Alles durch das Volk und nennen uns deshalb Sozialdemokraten.

Habe ich in Vorstehendem die historischen und logischen Beziehungen und Zusammenhänge nachzuweisen versucht, welche zwischen Demokratie, Sozialdemokratie und Anarchie bestehen, so werde ich in einem zweiten Artikel das Verhältnis von Sozialismus und individueller Freiheit behandeln.

### Ein kommunistisches Programm.

Das Organ der itirischen\*) (kommunistischen) Kolonie in Amerika, la Juveno Icario (das junge Icarion) hat sein Format vergrößert und den Titel „Lo Comunista Libertario“ (Der freie Kommunist) angenommen. Die erste, im neuen Gewand erscheinende Nummer bringt an der Spitze nachstehendes Programm, den wir hauptsächlich deshalb in treuer Uebersetzung vorlegen, weil er sich gegen das alberne Märchen wendet, der Kommunismus — oder Sozialismus — verträge sich nicht mit der persönlichen Freiheit, verhindere die Entwicklung des Individuums, während in Wahrheit das gerade Gegenteil der Fall ist. Der Artikel lautet:

In der Sozial-Ökonomie oder Soziologie (Gesellschaftswissenschaft) sind wir Kommunisten. Wir sind der Ueberszeugung, daß von allen sozialen Grundsätzen dieser der schönste, tiefste und gerechteste ist: „Jeder soll seinen Kräften entsprechend arbeiten und seinen Bedürfnissen gemäß genießen.“

Aber wir wollen diesen Kommunismus nur in Verbindung mit der größtmöglichen Summe von politischer und individueller Freiheit in Bezug auf alles, was nicht notwendig oder direkt der Gesellschaft als solcher zukommt.

In der Politik sind wir keine — Politiker im engeren Sinne. Denn ganz abgesehen von den positiven Lehren, welche man aus der Philosophie der Geschichte ableiten kann, genügt schon der einfache Beweis, den man aus den gegenwärtigen Verhältnissen ziehen kann, um erkennen zu lassen, daß in Folge eines unabänderlichen mit verhängnißvoller Sicherheit wirkenden soziologischen Gesetzes die politischen Zustände irgend einer Gesellschaft nur der Ausdruck und die Konsequenzen ihrer ökonomischen Einrichtungen sein können. Folglich besteht unsere Politik nur in der Forderung des Föderalismus, oder mit anderen Worten, des gleichheitlichen Bündnisses aller menschlichen Genossenschaften (Vereinigungen), deren Sitten, Sprache, Charakter, Bedürfnisse oder selbst Wünsche der Verschmelzung in eine kommunistische nationale oder kontinentale (einen Kontinent — Erdtheil — umfassende) Einheit entgegengekehrt sind.

In der Philosophie sind wir Atheisten und Materialisten oder richtiger Experimentalisten (d. h. Leute, die ihre wissenschaftlichen Anschauungen aus den durch Versuche (Experimente) und Erfahrung gewonnenen Wahrheiten aufbauen). Wir sind der Ansicht, daß außerhalb der wissenschaftlichen Erfahrung und Beobachtung nur noch für die theologische Willkür oder das metaphysische „a priori“ Raum ist.

Unser Ziel ist die allgemeine Kommune, in der jeder Bürger, nachdem er von der Gesellschaft jede denkbare Unterstützung für seine physische, moralische und intellektuelle Entwicklung erhalten hat, von freien Stücken seinen Arbeitsantheil leistet bei der Produktion der materiellen Güter, welche die Existenz der Menschheit notwendig sind.

Was die Mittel zur Erreichung unseres Zieles anbetrifft, so würden wir, wenn man uns die Wahl ließe, ebensowohl aus eigener Reizung als aus Verstandesgründen keine anderen wählen, als die der Ueberszeugung. Aber seit Langem schon sind wir der Ansicht, daß eine Verletzung an die Gewalt des Volkes unvermeidlich sei, wenn man soziale Gerechtigkeit einführen will. Und zwar meinen wir das deshalb, weil es in der Geschichte kein Beispiel dafür gibt, daß eine Klasse oder Klasse freiwillig ihre Privilegien aufgegeben hat.

Der Bourgeois nachzuweisen, daß ihre historische Rolle seit der tiefgreifenden Umwälzung ausgeübt ist, welche sie selbst durch das Aufsteigen in den Produktionsmitteln hervorgerufen hat, — ihr zu predigen, daß es das Allgütige sein würde, sich zur Arbeit zu bequemen, wie wir Alle es thun, — alles Das würde ebenfalls erfolglos sein, als die Menschen überzeugen zu wollen, sie der bekannte Philosoph des Unbewußten, Ed. v. Hartmann, es wüßte, daß die höchste Weisheit im Selbstmord besteht.

Die ökonomischen Verhältnisse haben sich so gestaltet, daß nur durch eine gewaltthätige, zum Wohle der Gesamtheit unternommene Expropriation die zwischen den lebenden Müßiggängern und den entehrten Produzenten bestehende Kluft angefüllt werden kann. In diesem Falle wird die Gewalt die eburchsichtige Helferin des Rechtes sein. Wenn sie einst vom Proletariat angewendet ist, so wird sie die Auflösung aller Klassen in eine einzige menschliche Familie als schnelle Konsequenz nach sich ziehen.

Aber um Gewalt anzuwenden zu können, muß man Gewalt haben. Die Quelle aller Macht besteht in der Gruppierung, in der guten Organisation der Arbeiterklassen der verschiedenen Länder, in der Organisation des Proletariats zu einer von allen anderen Klassen verschiedenen Partei. Wenn man dies in Erwägung ist, so erhält sofort die Nothwendigkeit einer Periode der Vorbereitung, man muß Generalmarsch schlagen, bevor man zum Sturm schreitet; oder um es deutlicher auszudrücken, man muß Aufklärung verbreiten, den Gedanken der sozialen Revolution unter das Volk bringen, die brennende Tagesfragen besprechen, unsere Legionen organisieren, die Volkseidenschaft erregen, der Masse der Arbeiter die treibenden Ideen des Gemeininteresses einflößen — mit einem Worte, man muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Propaganda machen und noch einmal Propaganda machen bis zu dem Tage, wo die Kräfte des Proletariats vorbereitet, organisiert und damit fähig sein werden, die zahlreichen Hindernisse wegzuräumen, welche sich der Verwirklichung der neuen Rechtsidee, des freischichtkommunistischen Rechtes (du droit communiste-libertaire) entgegenstellen.

\*) Der französische Kommunist Glet, der Anfangs 1848 mit einigen Anhängern nach Amerika auswanderte und dort eine kommunistische Kolonie gründete, hat seine Ansicht in einem utopischen Romane „Die Reise nach Florida“ niedergelegt, wonach seine Anhänger den Roman „Havre“ angenommen ten. Die Kolonie hat natürlich — da die Gesellschaftsumwälzung sich in im Kleinen und sozusagen hinter dem Rücken der Gesellschaft bewerkstelligen läßt, sehr schlechte Geschäfte gemacht, sie erlitt mehrere Katastrophen, hat sich aber schließlich, wenn auch in sehr beschleunigten Formenshallen.

\*) Das metaphysische „a priori“ heißt wörtlich überlegt: das Übernatürliche „von vorn“. Man entscheidet Erkenntnis „a priori“ und Erkenntnis „a posteriori“ (von hinten). Unter ersterer versteht man solche, die der menschliche Geist selbst aus sich selbst, unabhängig von der Erfahrung und den Thatsachen erzeugt, unter letzterer solche Erkenntnis, die durch Thatsachen der Erfahrung gewonnen wird. Erstere, die in der Philosophie eine große Rolle spielt, ist natürlich Unsinn.

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 26. August 1881.

— Revolution in Sicht. Ein nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, Landmann, — gemütht in Plauen, sehr wohlhabend, wenn es wahr, daß Schweigen Gold ist, denn im Reichstag hat der Mann nie den Mund aufgethan — sagt in seinem Rechenschaftsbericht: „Der Wahrheit die Ehre! Die Reaktion ist im vollen Zuge! . . . Wenn die Grundlagen der Befestigung des Reiches angegriffen werden und wenn dabei der Wahrheit und Gerechtigkeit so ins Gesicht geschlagen wird, wie dies jetzt von vielen Seiten geschieht, dann ist es Zeit, daß das Volk sich dem mit aller Entschiedenheit widersetzt. Wenn aber trotzdem in dieser Richtung weiter fortgeschritten wird und das Volk erst später einsetzt, daß man ihm Steine statt Brot geboten hat, so könnte das leicht den Sturm einer Gegenreaktion erregen, die nicht stille stehen würde, weder vor dem Throne, noch vor dem Altar, noch vor dem Geldschrank des vermögenden Mannes.“

„Sturm einer Gegenreaktion“ nicht übel. Gewöhnlich pflegt man das Ding länger auszudrücken, mit einem Wort: Revolution. Freilich ein Wort, vor dem ein Nationalliberaler solche Angst hat, daß er es nicht in den Mund zu nehmen wagt.

Also Herr Landmann fürchtet die Reaktion und fürchtet, daß sie zu einer Revolution führen werde. Nur eine Hoffnung bleibt ihm noch, daß die deutschen Fürsten dem „Einfluß der Reaktionen“, d. h. des Fürsten Bismarck, nicht länger Raum geben, und daß das Volk „den Schiefer noch rechtzeitig zerreiße, mit dem man ihn jetzt den Stülk verbanke.“

Nun, die Fürsten, auf welche der biedere Mann vertraut, stehen an der Spitze der Reaktion, und der Schiefer, der „den Stülk des Volkes verbanke“, ist mit größtem Eifer von der Partei des Herrn Landmann gewoben worden. Herr Landmann kann sich indes beruhigen. Der Schiefer ist zerfallen — das Volk ist bereits mit den Herren „Liberalen“ ins Gericht gegangen, es wird auch mit den andern Reaktionen ins Gericht gehen und der „Sturm der Gegenreaktion“ dürfte ungefähr so auftreten, wie Herr Landmann es zitternd voraussagt.

— Aus dem Gefängniß Deutschland. Spiegeli und kein Ende. Riedertraut jeder Art und kein Ende. Nur ein paar Probchen: Uebel hat auf seinen Geschäftsreisen stets zwei oder drei Spiegel hinter sich, die einander abblenden. Sie heften sich an seine Seiten, werden aber miteinander abgeschliffen. Wie z. B. vor einigen Tagen in München, wo der große Herr 24 Stunden lang wie ein krankes Hiesel herumlag, weil er die Spur seines Schließings verloren. — In Leipzig sind Tag und Nacht die Wohnungen Liebnecht's und Bebel's von Spiegeln bewacht, die jeden, der aus- und einsteigt, kontrollieren. Die Polizeiführer scheinen zu glauben, die Ausgewiesenen würden ihnen ins Gesicht laufen. — Obgleich Liebnecht seit Wochen nicht mehr in Vorstadt ist, besteht die Gensdarmereifaktion dort weiter, weil Liebnecht, in Ermangelung eines festen Wohnortes, sein Vorstadter Logis behalten hat. Die Gensdarmereifaktion, welche dem hiesigen hiesigen Volk ein lässlich Stück Geld kostet, hat ein greifbares Resultat aufzuweisen: Gensdarm-Vollmächer aus Siedrich, der sich des Verbrechens, Liebnecht in Vorstadt besucht zu haben, schuldig gemacht, ist deshalb von der Gensdarmereie benutzigt und von der Reichshauptmannschaft ausgewiesen worden. O diese Familie! — Vor einigen Wochen machte einer der aus Berlin Ausgewiesenen, Studentator Vorstett, seiner nur zu berechtigten Entrüstung Lust, indem er auf einer Postkarte an das Polizeipräsidium schrieb, daß die Behörden durch diese fortgesetzten Verfolgungen einen juchbaren Haß erzeugten und das Volk förmlich zur Revolution provozirten; man schmeie in den oberen Regionen ganz vergessen zu haben, daß der jetzige Kaiser einst heimlich aus Berlin habe flüchten müssen. Darob Anklage wegen Majestätsbeleidigung, und Verurteilung zu 1½ Jahren. Es gibt noch Richter in Berlin — wie unheimlich, München, die, wenn das Recht noch zur Geltung kommt, einst auf der Sredrecherbank sitzen werden. — Eine interessante Illustration des Bismarck'schen Staatssozialismus bildet ein von der Kachener königlichen Garnisonsverwaltung abgeschlossener Submissionsvertrag, dessen 19 gedruckten Paragraphen ein zwanzigster angefügt ist mit folgendem Wortlaut: „Unternehmer darf bei Ausführung des ihm übertragenen Geschäftes keine Person verwenden, die Mitglied eines von der Polizei auf Grund des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verbotenen Vereins war, oder die wegen sozialistischer Tendenzen, sei es von einer anderen öffentlichen Verwaltung, sei es von einem größeren Privat-Etablissement, aus ihrem Wirkungskreis entlassen worden ist, oder die offenkundig als Anhänger der Sozialdemokratie auftritt, z. B. für deren Befreiungen wirbt oder sammelt. Unternehmer muß, sobald es sich herausstellt, daß die eine oder andere der von ihm angemerkten Personen unter eine der bezeichneten Klassen fällt, dieselbe sofort, jedenfalls auf Verlangen der beteiligten Behörde, unter Angabe des Grundes entlassen.“

Die Arbeiter werden sich das merken! Also Jeder, der nicht die Bismarck'sche Kuthe deoat läßt, und von den Bismarck'schen Kastrationsstiefeln den Schmutz abledt, wird gelächelt. Das wird schön werden, wenn Herr Bismarck das Tabakmonopol durchsetzt und durch seine Arbeiterverordnungen die Masse der deutschen Arbeiter in sein Staatszucht haus einsperrt. Zwar wäre auch so Niemand auf den Lein gegangen, es ist aber immerhin gut, wenn die Brutalität so zwischen die Henschermaste abwirft. — Vom großen Münzer „Sozialistenvorwurf“ haben Sie gehört — es handelt sich um eine zweite Auflage des Wödenen Kongresses, die, bei einem Besuch Bebel's, auf einer Rheinreise geliebt haben sollte. Der Prozeß hat sich jetzt glücklich im Sande verlaufen. Die Anklagekammer des Münzer Landgerichts hat dieser Tage folgenden Entschluß gefaßt: „Dem Antrag der Großh. Staatsanwaltschaft entsprechend, werden: 1) J. Leyendecker, Schneider; 2) H. Jöh, Schneider; 3) A. Jimmermann, Schuhmacher; 4) H. Rupp, Schneider; 5) H. Köhner, Wirt; 6) J. Buchner, Schuhmacher, und 7) E. Oberhäber, Schuhmacher, alle in Mainz wohnhaft, bezüglich der Anklage: „im Interesse der verbotenen Verbindung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Mainz am 8. Mai 1881 auf der Ingelheimer-Aue bei Mainz eine Versammlung der Sozialdemokraten berufen und an dieser Versammlung theilgenommen zu haben, indem insbesondere Leyendecker und Jöh als Leiter dieser Versammlung auftraten“ — Mangels hinreichender Verdachtsgründe außer Verfolgung gesetzt und die Kosten der Untersuchung der Staatskasse auferlegt.“

Die arme Staatskasse! Ober richtiger die armen Steuerzahler! — Der große „Hochverrathsvorwurf“ wird erst nach den Wahlen zur Verhandlung kommen; der ganze Prozeß ist nämlich ein großer Humbug; es liegt, wie ich aus besser Quelle weiß, auch nicht das mindeste Thatsächliche vor. Dies darf aber nicht vor den Wahlen bekannt werden. — Zum Schluß noch zwei heitere Faktionen: Ein Königsberger Bauunternehmer, der nentlich in Kissingen war, berichtet an die „Königsb. Hartung'sche Zeitg.“: „Ich nahm eines Tages auf dem zu der vom Reichskanzler benutzten Saline führenden Wege mit einem ausgezogenen Fernrohre die Umgebung in Augenschein, ohne zu ahnen, daß der Fürst gerade auf dem Rückwege begriffen sei. Pöthlich sprengte ein bauerlicher Gensdarm an mich heran und bat mich, das Fernrohr einzuziehen und die Umgegend mit demselben einzusehen, da der Fürst leicht zu der Befürchtung gelangen könnte, daß auf ihn mit einer Schußwaffe angelegt werde. Selbstverständlich wurde dieser Bitte sofort nachgegeben.“

O dieser „ästerne“ Kaiser! Etwas härtere Nerven scheint sein Sohn Wilh. der Reichskanzler zu haben, der seit einigen Wochen seine „erprobte Kraft“ in den ungarischen Fingeln: angels (pajieren) läßt. Dieser bestimmungsvolle Jüngling wurde vor Kurzem von den Zeitungen als Kandidat gefeiert, und von ihm erzählt, daß er einer aufstrebenden Künstlerin

ein prächtiges Armband verehrt habe. Die aufstrebende Künstlerin hat sich nun als eine Halbweibliche niederer Sorte entpuppt und das kostbare Armband dürfte wohl ans Zalmigold befehen haben. Der Reichthum hat nämlich seines Vaters Sparfamkeit ererbt. In der österröischen Presse standallert man sich über diese Liebhabereien des tugendhaften Kanzlersohns und rath verblümt zur Anwendung der „Handsperr“. Es ist doch gut, daß Herr Biemann und seine Familie so eifrig dafür sorgen, sich und was drum und dran hängt, lächerlich und verächtlich zu machen. Oder treiben sich etwa in Rüssingen und Ungarn zwei reichs- und bismarckfeindliche Sozialdemokraten herum, welche die Rolle des Kanzlers und seines Sohnes spielen, in der Absicht, die Originale möglichst zu diskreditiren? Besser könnten sie es freilich nicht machen.

— Eine lehrreiche, leider unterbrochene Unterhaltung. Man schreibt uns: „Die Eisenbahn führte mich an der deutschen Bundesfestung Ulm vorbei. Eine große Menge Soldaten auf Urlaub bestiegen den Zug, um ihre Heimath einmal wieder zu sehen. Kengierig bin ich gerade nicht, aber man hört doch, was die Mitreisenden sich untereinander erzählen, spricht auch mitunter mit. Hier hörte ich: „Wie lange hast Du Urlaub?“ fragte ein Gemeiner den andern. „Neun Tage!“ lautete die Antwort. Nicht die Kengierde, sondern die Wisbegierde, die Einrichtungen des großen, einzigen Deutschlands kennen zu lernen, veranlaßte mich in der Frage: „Belohnen Sie während des Urlaubs Traktament und Brod?“ — „J, Gott bewahre“, beschied er mich, „wir sind froh, uns zu Hause wieder einmal ausruhen und satt essen zu können.“ — Jetzt war meine Aufmerksamkeit reger gemacht und ich fragte weiter: „Wo bleibt denn das Geld? Soweit ich weiß, beziehen doch die Offiziere ihr Gehalt auch während des Urlaubs!“ — „Ja, das ist schon richtig“, erwiderte er, „und sie nehmen sogar auch noch unser Traktament.“ — „Ich meine einmal gehet zu haben, das zögen die Feldweibel ein und wölte ich von Ihnen nur die Befähigung dafür hören, da es nach meiner Ansicht eigentlich, wenn Sie es nicht erhalten, eine Ersparniß für die Staatskasse sein sollte.“ — „Ja nicht so, bei uns wenigstens nicht, bei uns schießt das während des Urlaubs ausfallende Traktament in die Offizierskassen und wird bei den sogenannten „Liebeswahlen“ verbraucht, welche die Herren Offiziere jede Woche einmal veranstalten, da wird's verrentet.“ — „Komisch!“ rief ich, „dann ist aber die Bezeichnung „Liebeswahl“ total falsch, es müßte „Liebesmaß“ heißen, denn entschieden ist das Geld dem Staate gestohlen.“ — „Ja, ich wahr“, antwortete der Soldat, „und manch' Trübsich kommt dabei zusammen, denn in Ulm sehen 1 Feldartillerie, 1 Kavallerie- und 2 Infanterieregimenter und diverse Artillerien, alle in Kasernen. Lassen Sie sich erzählen, was da sonst noch passiert, denn davon hat kein Mensch eine Ahnung.“ Ein Pfiff und die Unterhaltung war leider zu Ende, da der Zug an einer Station hielt und die Soldaten alle abstiegen.“

— Nordluffige Philanthropen. Die Gesellschaft für Reform und Coassilation des Völkerrichts, soll heißen Tyrannenrechts, hat auf ihrem jüngsten „Kongreß“ (in Köln) folgende Resolution angenommen: „Der Kongreß wölte beschließen, daß es nach der Ansicht des Vereins wünschenswerth ist, daß in solchen Auslieferungverträgen, in denen eine Ausnahme für politische Verbrechen oder Vergehen gemacht wird, eine Klausel aufgenommen werden soll, nach der weder Mordmord noch der Versuch des Mordmordes zum Zweck der Veränderung einer Regierung oder des Oberhauptes wegen politischer Unzufriedenheit als politische Verbrechen oder Vergehen im Sinne eines solchen Vertrages zu betrachten ist, und daß folglich Personen, die sich solcher Verbrechen oder Vergehen schuldig gemacht haben, das Recht freier Rückkunft zu verweigern ist.“ Die servilen Burtschen mögen bei Staatsräth in die Schule gehen. Dieser Urlojalist und Urlojalist wird ihnen beweisen, daß man keine Ahnung von den gewöhnlichen Rechtsbegriffen und von den Menschenrechten haben muß, wenn man Tyrannendöter mit gemeinen Verbrechern auf gleiche Stufe stellt. Uebrigens ist die faulere Resolution so gehalten, daß auch die Theilnahme an jedem Aufstandesversuch und Aufstand als gemeines Verbrechen aufgefaßt werden kann. Man wird sich erinnern, daß 1848, 1849 und später bei verschiedenen Gelegenheiten, und zuletzt nach Bestigung der Komune, der Kampf gegen die Truppen der reaktionären Staatsmacht zum Mord oder Mordversuch, auch Mordmord gestempelt wurde. Und diese Verurtheilung des Mordes oder Mordmordes hatten natürlich die Veränderung einer Regierung zum Zweck. Man sieht, daß mit Annahme der obigen Resolution das ganze Mordrecht vernichtet wäre. Zum Glück handelt es sich nur um die frommen Wünsche einer Handvoll leiger Philister.

— Glück auf der deutschen Jugend! ruft Stöder den Studenten zu, welche vor Kurzem auf dem Kyffhäuser „die stitliche Reuegebur“ unseres Vaterlandes vorbereiteten. „Wo edle Jünglinge!“ so spricht segnend der fromme Hofprediger, „wo edle Jünglinge im Aufblick zu Gott ihrem Vaterlande Treue geloben, wo solche Gedanken, aus unentwickelter Jugendkraft geboren, den Entschluß zu erster Thatkraft verhängen, da ist geweihter Boden. So wird der Kyffhäuser zum heiligen Gaud deutscher Jugend.“ — Wozu eigentlich unser Vaterland, welches doch von Hans aus „das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ ist, eigentlich neugeboren werden muß, läßt sich allerdings schwer begreifen, in dessen die Thatfache der Reuegebur liegt vor, und wir haben bloß nur anzudeuten, wie sie sich vollzogen hat. Zunächst durch teutsche Reden gegen das unteutsche Wesen im Allgemeinen und das „semitische“ Wesen im Besonderen; durch ein begriffliches Hoch nebst einem nicht minder begeisterten Telegramm an die Adresse des Oberregiments der Jubelzug, Herr Biemann, durch einen feierlichen Kirchengang nach Köln, „wo an den Stufen des Klars dreihundert Jünglinge mit Thränen in den Augen ein altes Kampflied Dr. Martin Luthers: Eine feste Burg ist unser Gott! sangen.“

Echt christlich germanisch! Kühnheit! Erblichkeit! Nicht wahr? Gewiß! Aber das war noch lange nicht Alles. Ehren-Heinrich, der unendlich die guten Beziehungen Bismarck's zu Bismarck der Bergeshöhe in entzweien suchte, hat sich ein ähnliches Verdienst um das Kyffhäuser-Fest erworben. Er illustriert „die hohen Gedanken“, „die unentwickelte Jugendkraft“ der von Stöder segneten christlich germanischen Jünglinge wie folgt: — und er that es aus eigener Anschauung, denn er war selber dabei: „in Stundenspiele!“ „Teutsche Frauen!“ so sang es begeistert aus Hunderten von Kehlen am frühen Morgen; aber als während des Marsches zum Barbarossaberge eine Schaar jüchtiger Köstler Mädchen bei dem Zuge vorbei wollte, da sangen zahlreiche Kehle ein unzüchtiges Lied, um die jungen Mädchen erröthen zu machen; ja noch mehr, dieses unzüchtige Lied war entfällt aus einem unserer walddüstigen deutschen Volkslieder:

Es gibt so manche Strafe, die immer ich marschier,  
Es gibt so manches Mädchen, — — —

Wai über euch, die ihr in weisheitsvoller Stimmung dem alten Barbarossa nahen solltet! Wai über diese Verfassung eines deutschen Studenten! Das Programm des Kyffhäuserfestes besagte zuerst auch — irren wir nicht, auf Anregung eines Geistlichen, der einen Artikel in einem orthodoxen Blatte geschrieben hatte, — daß am Morgen nach dem Hauptfeste gemeinsamer Kirchengang stattzufinden sollte. Diesen Punkt strich man aus dem offiziellen Programm, aber er hatte leider Wurzel geschlagen. Wir wiederholten leider: Man denke sich nur die Reihenfolge: Sonnabend Abendkommers, Sonntag früh Gottesdienst, Sonntag Abend auf der Rothenburg Tanz, oder, wie die Studenten es nennen, „Klimmbümm“. Unsere Befürchtungen sind eingetroffen. Am Sonntag früh zogen Trupps in die Kirche, deren Meiste Geschlechter an eine halbdurchsichtige Nacht schließen ließen. Fragte man: „Wohin geht Ihr?“ so wurde in der Regel die Antwort gelast: „In die Kirche!“ Mancher hatte auch schon den Feilschoppen getrunken. Es war ein nicht angenehmer Gedanke.“

Ehren-Heinrich ist ungerecht. Wer teutsche Art hochhalten will, und alles Fremdländische haßt, der darf an der Völkerei, die bekanntlich eine teutsche Erb- und Nationaltugend ist, keinen Anstoß nehmen, sondern muß im Gegentheil sich darüber freuen und selbst nach alter Väterweise tüchtig mitlaufen. Und wie kann er sich an einem „unzüchtigen“ Liebessoßen? Ein lustiges Potenslied klingt unseres Erachtens wie Sphärenmusik, wenn es mit dem Ehren-Heinrich'schen Hepp! Hepp! und mit dem Geschrei halbtodtgeprügelter Semiten sich mischt. — Alles in majorem Dei gloriam. Nur keine schwächlichen sentimentalen Annäherungen, Herr Ehren-Heinrich. Das Kyffhäuserfest war das Fest der „Neugebur Deutschlands“, die im Geiste der antimilitärischen Heiligen nicht ohne christliche Joten und germanisches Sanzen bewerkstelligt werden kann. Man frage nur bei Bismarck und seinem Blüchlein an; die wissen Bescheid.

— Mit welcher anspöchernder Willkür die deutsche Kaiserin den Anforderungen ihres hohen Berufs nachkommt, erblickt in rührender Weise aus der Thatfache, daß die hohe Frau trotz der fast unerträglich Schmerzen, die ihrer schwere Krankheit verursacht, sich dennoch jeden Tag von ihrem Lager erhebt und in voller Hofkollette empfangt, schreiben die Zeitungen unter den Hofnachrichten.

Also daß ein herbendes Weib im Angesicht des Todes noch der kleinlichsten Betteckeit fecht, und sich heranspugt oder heranspugeln läßt, wird uns „als anspöchernde Willkür“ hingestellt!

Zeigt dieses widerliche Bild, welches in Holbein's Todtentanz gehörte, auf der einen Seite in großer Beleuchtung die herlose Feindschaft der „Großen“, so enthüllt es uns auf der anderen Seite die geradezu ungläubliche Servilität des Gefühls, das sich den „Großen“ anhängt. Eine Servilität, die so weit geht, daß sie die einfachsten Rücksichten der Menschlichkeit ignoriert, weil sie die „Großen“ in ihrem Größenwahn nicht stören will.

Fürwahr, die Ärzte, sowie die Kammerherren und Frauen der deutschen Kaiserin, die nicht den Muth haben, der „hohen“ Frau zu sagen, daß diese Heranspugerei im Angesicht des Todes ein unnatürlicher Nummenhang und grausame Selbstquälerei ist, verdienen auf öffentlichem Markt ausgepeitscht zu werden.

Sie sehen auf gleicher Linie mit jenem ärztlichen und fürstlichen Gefindel, das weiland die herbende Zarin tagelang mit den heftigsten Stimulanzien mißhandelte, um her Welt das Schauspiel eines lebendigen, geschminkten Cadavers zu geben, — und das einige Monate später den jandern Leichnam des hingrichteten ehrsüchtigen Raumes dieser unglücklichen Zarin durch Mittel, wie sie kaum bei der Vivisektion von Thieren erlaubt sind, auf einige Stunden in ein lägenhaftes Scheinleben galbanisirt.

In dieser Tortur, welcher die „Großen“ der Erde, um ihrem Größenwahn zu frohnen, sich unterwerfen müssen, liegt eine wohlverdiente Remeß — ein jürchbarer Kommentar des Noblesse obligo.

— Was die Polizei nicht thut. Der berüchtigte von Meer-scheidt-Gillessem hat wieder einmal das Gerücht ausgepöngt, er habe den Bochumer Kattunbrder gefangen. Natürlich wieder gelogen.

— In Stettin ist Genosse Bebel als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden. Wist auch ein Sieg sich nicht erwarten, so wird doch eifrig agitiert.

— Ein Triumph internationaler Reaktion. Der russische Missethater Krapotkin ist aus der Schweiz ausgewiesen worden.

— Die französischen Wahlen haben am Sonntag stattgefunden. Die Zahl der Stipe beträgt 518; davon sind 483 definitiv besetzt worden; für 65 ist keine genügende Majorität zu Stande gekommen, und müssen am nächsten Sonntag Stichwahlen vorgenommen werden. Das Gesamtresultat liegt also jetzt noch nicht vor. Fest steht aber bereits, daß der Monarchismus und der Opportunismus eine schwere Niederlage erlitten haben. Sämmtliche monarchische Parteien sind arg dejimirt, die Zahl ihrer Vertreter etwa auf die Hälfte reduziert worden. Namentlich den Bonapartisten ist es schlecht ergangen. Der Opportunismus, verkörpert in Herrn Gambetta, ist nur mit knapper Noth in die Kammer geschlüpft. Gambetta's zwei alte Wahlkreise in Belleville, die ihn bisher stets mit überwältigender Majorität auf den Schild gehoben, wollten diesmal von dem „Aberkühnen“, dem „gemeinlichen Bratenbeuten“ nichts wissen —; in der letzten Volksversammlung vor der Wahl ließen sie ihn sogar nicht einmal zum Wort kommen, und schließlich gelang es nur dem Aufgebote aller Kräfte und schließlichen Kniffe, um den „moralisch hingrichteten“ in dem einen der zwei Kreise mit einer Majorität von 49 durchzusetzen. Im andern soll er nur eine Majorität von 1 erhalten haben; dies wird jedoch bestritten, und die Wahl scheint hier unentschieden geblieben zu sein. Jedenfalls wird Gambetta, der sich vor wenig Wochen noch als Diktator stülte und geberdete, die Schwach über sich ergötzen lassen müssen, daß seine Wahl als unglücklich angesehen wird. — Trotz der Niederlage Gambetta's bilden die bloßen Republikaner in der neuen Nationalversammlung die Majorität. — Die Intronsigenten haben verschiedene Stipe erobert, und während Gambetta froh sein muß, wenn er überhaupt mit Ach und Krach gewählt ist, hat sein radikalere Begner Clemenceau in den beiden Kreisen von Montmartre große Majoritäten geholt und wird voraussichtlich bei den Stichwahlen einen dritten Sieg erröthen. — Die Kandidaten der eigentlichen Arbeiterpartei haben keinen einzigen Sieg erobert; in die Stichwahl kommt nur Digeon (in Nordbonne); er hat 7,049 Stimmen erhalten — nur 800 weniger als sein radikalere Gegenkandidat. Fällt die größere Hälfte der 2,879 Stimmen, die der dritte, ebenfalls radikale Kandidat erhalten, auf Digeon, so wird dieser siegen.

Brouffe, der im Departement der Ostpyrenen gewählt wurde, ist nicht der bekannte Sozialdemokrat.

Daß die sozialistische Partei bei der Wahl keine besseren Erfolge auszuweisen hat, ist einzig und allein dem Mangel an Organisation zuzuschreiben. Hoffentlich wird die Lehre beherzigt!

Im Allgemeinen läßt sich als Resultat der Wahlen feststellen, daß der politische Schwerpunkt weiter nach links gerückt worden ist; und das ist immerhin erfreulich.

— In Paris steht ein allgemeiner Streit der Zimmerleute bevor. Aufst 80 Centimes, wobei nicht ausgenommen ist, verlangen dieselben einen Preuk vier Stunde. Die Arbeitgeber behaupten — wie immer — wenn sie auf die Forderung eingehen, würden sie bankrott werden.

— Das sozialistische Spanien ist durchaus nicht, wie oft behauptet wird, eine Domäne der Anarchisten. Besonders in Valencia und einigen kleineren katalanischen Fabriksstädten befindet sich ein vortrefflicher Kern von Sozialdemokraten, die, wie man uns schreibt, tüchtig arbeiten.

— Die „Plebe“, das bewährte italienische Organ der Sozialdemokratie, hat sich in eine Monatschrift umgewandelt, die natürlich unter dem guten alten Banner fortzukämpfen wird.

— Ueber den Londoner „Anarchistenkongreß“ erfahren wir nachträglich aus sicherer Quelle: Der Kongreß bestand aus 20 und eilichen Leuten, von denen die meisten Londoner Einwohner mit Mandaten von Außen waren. Ferner einige Franzosen und Italiener und ein Spanier. Die „Delegirten“ hielten ihre Sitzungen öffentlich. Aber kein Mensch, kein Reporter, kein Hund, keine Kage kam. Nachdem diese vergebliche Erwartung eines Publikums 3—4 Tage gedauert hatte und keine Aussicht auf Besserung mehr vorhanden war, saßen sie den heroischen Entschluß, die Sitzungen geheim zu erklären.

Das erste, was auf dem Kongreß konstatirt wurde, war die allgemeine Enttäuschung betrefis der ganzen anarchischen Bewegung, die Erkenntniß ihrer absoluten Nichtigkeit, und die Gewißheit, daß aber auch nirgendwo irgend Jemand hinter den paar Schreien stehe. Von sich und seiner Verfaßtheit mußte das Jeder, aber obgleich Jeder dem Andern die kolossalen Lügen aufgebunden über den kolossalen Fortgang der Bewegung in seiner Gegend, hatte doch Jeder den Andern die Lügen gestaubt. Der Zusammenbruch der Illusionen war so jäh und gründlich, daß die Verfrachten ihr Erkennen über ihre eigene Nichtigkeit sogar in Gegenwart Fremder nicht unterdrücken konnten.

Erst das Meeting, wozu sie natürlich Reporter bestellten, und dann die Anfragen dummer Tories und noch dümmere Radikaler im Parlament haben den Kongreß einigermaßen gerettet. Daß die Presse bei der jetzigen Nüchternenstunde aus dem von höchstens 700 Mann besuchten Meeting Kapital schlagen würde, war zu erwarten.

Wenn also der „offizielle Bericht“ vom „Delegirten“ Nr. 63 u. f. w. spricht, so bezieht sich das auf die Nummer des Mandats, das von 1, 2 oder 3 Mann in blanco, oder auf den Namen eines ihm total unbekanntem in London wohnenden Mannes, oder von 10—20 auf einen nach London reisenden Delegirten ausgestellt wurde. Die Anzahl der wirklich anwesenden Delegirten war näher 20 als 30, und der von Außen Zugereisten sicher nicht 10.

Es ist das ganz die alte Geschichte aller „Anarchisten“-Kongresse. Die Anarchie nimmt bei diesen Leuten zunächst die Form an, daß Jeder Offizier werden will, aber Keiner Soldat — —

— Ueber die Folgen der Hinrichtung des Zaren schreibt Leo Hartmann an unser New-Yorker Parteiorgan:

Was die russischen Sozialisten mit der Hinrichtung des Zaren bezwecken wollten, haben sie erreicht: sie haben dem gesammten russischen Volke die Möglichkeit der befreienden That dargehan.

In den Tiefen des russischen Volkslebens ruhen viele echt sozialistische Ideen. Aber es fehlt bisher die Deut- und Thatkraft, um dieselben zum Ausdruck zu bringen. Diese Eigenschaften auf dem Wege der Agitation dem Volke beizubringen war einfach unmöglich wegen der herrschenden Unwissenheit (vom Bauernstande kann nur ein Drittel Prozent — also von je 300 nur einer — lesen und schreiben!), wegen des engen Geschäftskreises, in den das Leben des Bauern gebannt ist, wegen des Abdrucks der jählichen Allmacht, der auf allen, selbst den regsten Geistern im Volke lastet. Dieser Druck ist nun zum größten Theil gehoben. Die Möglichkeit des Kampfes ist erwiesen. Und in der Stille jedes verschollenen Dörfchens, in den Wäldern des Nordens, auf weiter fühliger Steppe vollzieht sich in dem Hirne jedes Bauern der wichtigste Gedankenprozeß, in dem die Geschichte ihn bringen konnte:

„Wie Jene in Petersburg mit dem Zaren fertig geworden, so kannst auch du fertig werden mit jedem Ausbeuter, mit Allen, welche die Ursache deines Elends und deiner Verflawung sind.“

So wird der latente Sozialismus im russischen Volke allmählich zum aktiven, revolutionären Sozialismus ausgebildet. Die ersten Folgen dieses Umwandlungsprozesses sind die Bauern-Emeuten in Sibirienland, die, zuerst gegen die Juden gerichtet, nach und nach an Ausdehnung gewinnen und den Charakter eines Agrarstaandes annehmen. Auch der Bewegung gegen die Juden liegen durchaus keine konfessionellen, sondern rein soziale Ursachen zu Grunde. Es ist Thatfache, daß „der Jude“ im südwestlichen Rußland nicht nur der Schankwärter und Branntweiner, sondern auch meistens ein geheimer Agent der Polizei ist. Dies war das Motiv jener Kravalle, die, wie gesagt, mit Religion Nichts zu schaffen hatten.

Eine ähnliche Wirkung hat die Hinrichtung des Zaren auch auf die intelligenteren Kreise der russischen Gesellschaft ausgeübt. Der Widerstandsgedanke ist auch gehoben worden. Wenige Wochen nach dem 13. März folgte die Provinzialversammlung von Samara, eine aus wohlhabenden adligen Gutsbesitzern bestehende Körperschaft, eine Resolution, wonach die Abschaffung einer Weisheitsadresse an den neuen Zaren verworfen wurde! Wäre eine nur im entferntesten gleichbedeutende Thatfache vorher möglich gewesen? Gewiß nicht!

Ja könnte mehr ähnliche Beispiele aus neuerer Zeit anführen, wenn ich nicht fürchten müßte, diesen Kräfte ungebührlich auszubehnen. Jedenfalls steht Eins fest: das unmittelbare Resultat der Hinrichtung Alexanders II. ist ein Wiederaufleben des Widerstandsgedankes in allen Schichten des Volkes, also eine Stärkung unserer Partei.

Ebenso steht es fest, daß die Organisation der Terroristen durch die erlittenen schmerzlichen Verluste nicht geschwächt worden ist. Wir stehen kampfbereit da. Wir suchen nicht die Gewalt. Widerstrebend wenden wir sie an. Aber wir fürchten sie auch nicht. Und wir werden wieder und immer wieder sie anwenden, bis unser Gegner gesürzt und vernichtet ist.

— Das Petersburger Exekutivkomitee hat an Karl Marx in London, unter dem amtlichen Siegel des Komitee, folgendes Schreiben gerichtet:

St. Petersburg, 9. April 1881.

Herrn Karl Marx!

Bürger! Die intelligente und fortschrittliche Klasse Rußlands, immer aufmerksam und bereit, dem Gange der Ideen in Europa zu entsprechen, hat mit größter Freude das Erscheinen Ihrer wissenschaftlichen Arbeiten begrüßt.

Die Wissenschaft rechtfertigt also die besten Bestrebungen des russischen Lebens. Das „Kapital“ wurde die tägliche Lektüre der Menschen von Einsicht. Aber im Lande der byzantinischen Finsterniß und des asiatischen Despotismus wird jeder Fortschritt der sozialen Ideen als revolutionäre Bewegung behandelt. Es ist augenscheinlich, daß Ihr Name unauflöslich mit den inneren Kämpfen Rußlands verbunden bleiben mußte; nachdem er die tiefe Erwägung und die lebendige Sympathie der Einen hervorgerufen hatte, gab er Anlaß zur Verfolgung der Andern. Ihre Werke wurden verboten, und die bloße Thatfache, daß man sie studirte, wird als Anzeichen politischer Untreue angesehen.

Was uns betrifft, geehrter Bürger, wir kennen das Interesse, womit Sie alle Pfafen der revolutionären Thätigkeit der Russen verfolgen, und wir sind glücklich, heute konstatiren zu können, daß diese Thätigkeit dem Ende ihrer schwersten Zeit entgegengeht. Die revolutionären Erfahrungen, welche die Kämpfer angehalten haben, haben nicht allein die Theorie der Prinzipien der Revolution (schgeheilt, sondern sie haben auch das praktische Vorgehen auf dem rechten Wege ihrer Verwirklichung erleichtert. Die verschiedenen revolutionären Fraktionen, welche es bei einem so neuen, einem so verwickelten Unternehmen geben mußte, verständigten sich allmählich unter einander, verständigten sich und suchten einander bei dem Emporkleben des Volkes, welches bei uns gleich alt mit seiner Sklaverei ist, in die Hand zu arbeiten. Das sind Umstände, wie sie einem Siege kurz vorherzugeben pflegen. Wir würden unsere Aufgabe beträchtlich erleichtert finden, wenn die ernstlichen Sympathien der freien Völker auf unserer Seite wären, was nicht voraussetzt, als Kenntniß der wirklichen Zustände in Rußland.

Demgemäß beauftragen wir unsern Genossen Leo Hartmann, die Mittel zu organisiren, um England und Amerika mit der wirklichen Bewegung unseres sozialen Lebens bekannt zu machen.

An Sie, geehrter Bürger, wenden wir uns mit der Bitte, daß Sie diesen Plan verwirklichen helfen. Fest entschlossen, die Ketten der Sklaverei zu brechen, sind wir überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, da unser unglückliches Vaterland in Europa den Rang einnehmen werde, der einem freien Volke gebührt. Wir fühlen uns glücklich, Ihnen, geehrter Bürger, die Bekannungen der höchsten Achtung der gesammten sozialistischen und revolutionären Partei Rußlands auszusprechen in können.

Das Exekutiv-Komitee der russischen sozialistischen und revolutionären Partei.

